

Antragsteller: Juso-Kreisverband Tübingen

An: Juso-Landesausschuss am 11. Oktober 2009

"SPD erneuern" - Nehmen wir die Krise als Chance

1 Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik
2 erzielt.

3 Die SPD befindet sich in einer schweren Krise. Erforderlich ist jetzt eine intensive Diskussion, in der
4 gesamten Partei, über die inhaltliche, strategische, personelle und organisatorische Erneuerung der
5 Partei. Wir brauchen einen Erneuerungsprozess. Klar ist für uns hierbei, dass alle Kräfte und dabei
6 vor allem auch die Fraktion und die Partei gemeinsam an dieser Erneuerung arbeiten müssen.

7 Zudem muss die SPD ihre Rolle als Oppositionspartei finden. Wir werden uns als Oppositionspartei
8 neben den Grünen und der Linken profilieren müssen. Dies wird ein schwieriger Weg.

9 **Inhaltliche Erneuerung**

10 Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die BürgerInnen haben uns trotz eines engagierten
11 Wahlkampfes die richtigen Inhalte des Regierungsprogramms nicht abgenommen.

12 Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist die Politik der Agenda 2010:
13 Fast zwei Drittel der angestammten SPD-WählerInnen sagen, die SPD habe mit Hartz IV und der
14 Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. Das haben uns unsere WählerInnen nicht verziehen – und
15 gingen entweder nicht zur Wahl oder wanderten ab. Das ergaben zumindest die Wahlanalysen der
16 Umfrageinstitute.

17 Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit finden. In der Regierung haben wir
18 häufig eine andere Politik verfolgt, als wir nun im Regierungsprogramm versprochen hatten. Das gilt
19 auch für andere Entscheidungen: Im Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen eine Erhöhung der
20 Mehrwertsteuer eingesetzt, zwei Monate später haben wir sie sogar deutlicher erhöht als vorher von
21 der Union gefordert. In programmatischen Reden steht die SPD für eine öffentliche Daseinsvorsorge,
22 im Regierungshandeln haben wir uns für die Privatisierung der Bahn eingesetzt. In der Finanzkrise
23 fordern wir eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, in der rot-grünen Bundesregierung wurden
24 bestehende Regulierungen drastisch gelockert. Hinzu kamen weitere Fehlentscheidungen in der
25 Innenpolitik: Das Erstarken der Piratenpartei bei den JungwählerInnen ist nicht zuletzt auf die
26 Entscheidung für unsinnige Netzsperrungen und die Ausweitung von Online-Durchsuchungen
27 zurückzuführen. Spätestens seitdem ist die SPD auch im Bereich der BürgerInnenrechte nicht mehr
28 der Garant für Freiheit. Ein Paradebeispiel hierfür waren die Kompetenzen in Sachen
29 Versammlungsfreiheit an die Länder abzugeben.

30 Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung vielfach nicht, was
31 auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber früheren Fehlentscheidungen lag: Es funktioniert eben
32 nicht, einerseits im SPD-Regierungsprogramm eine sozial gerechtere Politik einzufordern, und
33 andererseits die bisherige SPD-Regierungspolitik zu verteidigen. Die SPD muss die Agenda 2010 und

34 ihre Folgen ehrlich, offen und konstruktiv aufarbeiten. Nur dann ist auch die Oppositionsrolle
35 glaubwürdig. Ein einfaches "Weiter so" kann es nicht geben.

36 **Strategische Erneuerung**

37 Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei hat die
38 SPD in eine strategische Sackgasse manövriert. Die SPD ist dadurch bei der Koalitionsbildung immer
39 von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-grün) abhängig. Beide Koalitionsoptionen sind in der
40 Bevölkerung und insbesondere bei SPD-AnhängerInnen unbeliebt.

41 Ein SPD-Kanzlerkandidat, der nicht Kanzler werden kann, weil er von vorneherein die einzig
42 realistische Koalition ausschließt, überzeugt die Menschen nicht. Ein Wahlkampf ohne klare
43 Machtoption war nicht zu gewinnen. Das ist ein strategisches Dilemma. Natürlich ist ein
44 Zusammengehen mit der Linkspartei auf Bundesebene nicht ohne weiteres möglich, dafür braucht es
45 innerhalb der Partei „Die Linke“ eine Diskussion. Die SPD muss aber einen Diskurs gemeinsam mit der
46 Partei "Die Linke" einleiten, um Möglichkeiten für eine perspektivische Zusammenarbeit auszuloten.
47 Dazu gehört ebenso, den Ländern, in denen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der
48 programmatischen Nähe die Möglichkeit für Koalitionen links von Union und FDP möglich sind, keine
49 Steine in den Weg zu legen.

50 Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen WählerInnen entfremdet.
51 Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den nächsten vier Jahren zum Ziel haben, auch in
52 wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich den Weg zurück zu den Menschen vor Ort zu finden, um so
53 verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Ein klares Ziel muss für die SPD sein den engen
54 Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu üben. Denn nur durch das Gewinnen von Bündnis- und
55 Dialogpartnern in der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr linkes Profil schärfen und sich so in der
56 Bevölkerung wieder als vertrauenswürdige Kraft der sozialen Gerechtigkeit etablieren. Nicht nur
57 Wahlkampf, sondern langfristige Vertrauensarbeit in und mit der Zivilgesellschaft gibt der SPD eine
58 langfristige Perspektive! Das Ziel einer öko-sozialen Marktwirtschaft bleibt bestehen.

59 **Personelle Erneuerung**

60 Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch personelle Ursachen. Trotz eines
61 insgesamt guten Regierungsprogramms konnten wir die WählerInnen nicht von der SPD überzeugen.
62 Wir konnten als Sozialdemokratie nicht vermitteln, warum diejenigen Personen, die jahrelang
63 angebotsorientierten Politikansätzen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine entgegengesetzte Politik
64 machen sollen. Große Teile der Parteiführung haben sich bis heute nicht von den Fehlern der SPD-
65 Regierungspolitik distanziert, sondern verteidigen noch immer, wenn auch halbherzig, die damaligen
66 Entscheidungen.

67 Die notwendige Erneuerung der Partei muss auch eine personelle Erneuerung bedeuten. Die alten
68 Köpfe können nicht glaubwürdig für einen Neuanfang stehen. Daher muss bis zum Bundesparteitag
69 im November eine intensive innerparteiliche Diskussion auch über das künftige Spitzenpersonal
70 geführt werden. Nach dem Parteitag muss die Partei über einen Vorstand verfügen, der auch
71 personell den Neuanfang hin zu einer Politik sozialer Gerechtigkeit glaubwürdig und dauerhaft
72 vertreten kann.

73 Wir müssen ein breites Personal-Tableau aufstellen. Die oder der Parteivorsitzende sollte als
74 RepräsentantIn der gesamten Partei von allen Mitgliedern gewählt werden.

75 **Organisatorische Erneuerung**

76 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den Mitgliedern vorbei
77 durchgesetzt worden oder bestehende Entscheidungen der Partei, wie etwa der Parteitagsbeschluss
78 gegen die Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln einfach ignoriert. Die SPD lebt aber -
79 gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen.
80 Deshalb bedarf es auch einer Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr
81 innerparteilicher Demokratie führen muss. Dazu gehört auch die SPD Basis wieder stärker in alle
82 Entscheidungen mit einzubeziehen.

83 Zwischen dem Parteivorstand und der Basis muss es eine intensivere Kommunikation geben. Im
84 Moment erfahren die GenossInnen Neuigkeiten über die eigene Partei nur aus den Medien, es muss
85 aber einen direkten Kommunikationskanal innerhalb der Partei geben. Für uns ist einer dieser
86 möglichen Kommunikationskanäle das Intranet.

87 Ein erster Schritt die Entfremdung zwischen Vorstandsgremien und Partei zu beenden ist eine starke
88 Einbindung der Parteibasis in wichtige Entscheidungsvorgänge. Dazu soll beispielsweise die Online-
89 Plattform „meinespd.net“ dienen. Die Idee ist es Hintergrundinformationen und einen täglichen
90 Pressespiegel im Intranet zu veröffentlichen. Um die parteiinterne Demokratie zu stärken, halten wir
91 es für wichtig umstrittene Themen im Intranet zur Abstimmung zu stellen. Ob das Ergebnis bindend
92 oder nur beratend verstanden werden kann, soll ebenfalls abgestimmt werden. Denkbar wäre, dass
93 sowohl Parteivorstand, Fraktion sowie einzelne Kreisverbände eine Abstimmung online stellen
94 können. Analog dazu sollten die einzelnen Landesverbände mit landesspezifischen Themen
95 verfahren. Als basisdemokratisches Element wäre es wichtig dass auch die Basis die Möglichkeit hat
96 Abstimmungen zu initiieren. Dabei lassen wir nicht außer Acht, dass viele Parteimitglieder kein
97 Internet haben oder es nicht aktiv nutzen. Trotzdem möchten wir dieses Medium als Chance nutzen,
98 das parteiinterne Meinungsbild abzufragen. Außerdem sollten wir die neuen Medien dazu nutzen,
99 die Interaktion von BürgerInnen mit SPD-Mitgliedern dauerhaft zu garantieren.

100 Die Partei muss wieder zu ihrem alten Selbstverständnis der Entscheidungsfindung von unten nach
101 oben zurückfinden. Inhaltliche Positionen müssen wieder richtig diskutiert werden und dürfen nicht
102 durch Absprachen bereits im Vorfeld festgelegt sein.

103 Basisdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten wie Urwahlen sind ein elementarer Bestandteil der
104 innerparteilichen Demokratie.

105 Die SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem sie die demokratische
106 Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert. Entscheidend ist es dabei auch, Konzepte zu entwickeln,
107 die den Parteimitgliedern mehr Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung bieten.

108 Mit einer solchen Neuaufstellung wird die SPD wieder erfolgreich sein und Mehrheiten für ihr
109 Programm der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität gewinnen.

Begründung: Erfolgt Mündlich